

Fragen an die politischen Parteien zur Psychotherapie

1. Welchen Stellenwert hat die Psychotherapie innerhalb der Gesundheitsversorgung?

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Die psychische Gesundheit ist ebenso bedeutend wie die somatische Gesundheit, und beide sind untrennbar miteinander verbunden. Somit hat die Psychotherapie für uns einen hohen Stellenwert in der Gesundheitsversorgung und ist ein unabdingbarer Bestandteil des solidarischen Gesundheitssystems.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Die SPÖ misst der psychischen Gesundheit den größtmöglichen Stellenwert bei. Psychische Gesundheit ist nicht nur unverzichtbarer Bestandteil eines gesamtgesellschaftlichen Gesundheitsbegriffs, sondern dezidiert auch Voraussetzung für physische Gesundheit. Psychische Erkrankungen sind weit verbreitet und zählen zu den am meisten einschränkenden Erkrankungen. Sie beeinträchtigen Lebensqualität, Alltag und Arbeitsfähigkeit, belasten Betroffene und Angehörige und können zu Suizid führen. Daher ist der Zugang zu Psychotherapieangeboten essentiell für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Die Psychotherapie ist ein ganz wesentlicher Eckpfeiler der österreichischen Gesundheitsversorgung. Und die Psychotherapie wird in Zukunft noch an Bedeutung in Rahmen einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung, aber auch einer präventiven Gesundheitsvorsorge gewinnen. Deshalb verdient die Psychotherapie im Rahmen der organisatorischen, personellen und finanziellen Entscheidungen eine gleichberechtigte Stellung gegenüber den anderen Bereichen im österreichischen Gesundheitswesen.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Schlichtweg gesagt: einen deutlich wichtigeren, als ihr in den letzten Jahren zugestanden wurde. Das gilt für die psychotherapeutische und die psychologische Versorgung allgemein. Gerade durch die Auswirkungen der Pandemie hat sich gezeigt, dass wir weit mehr Augenmerk auf die seelische Gesundheit haben müssen. Der Abbau von Stigmatisierung, ein neuer offenerer Umgang vor allem der jüngeren Generationen mit psychischer Gesundheit ist daher ein klarer Auftrag, in welchem die Psychotherapie und der Zugang zu ebendieser einen zentralen Stellenwert einnehmen.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Die Pandemie hat für Reformdruck gesorgt, und sowohl Gesund aus der Krise, als auch der Stunden- und Platzausbau für Psychotherapie durch die Versicherungsträger sind begrüßenswerte Schritte. Wichtig wird nur, dass die Akademisierung tatsächlich als Schritt in die Richtung eines Gesamtvertrages genutzt wird und der Ausbau weiter vorangetrieben wird. Denn hier wieder in Untätigkeit zu verfallen, bedeutet für tausende Menschen ein Abdrängen an den Rand der Gesellschaft, sozial, gesundheitlich und in Folge auch wirtschaftlich. Das darf nicht passieren, weshalb wir ganz massiv an einem anderen Zugang zu psychischer Gesundheit, einer Entstigmatisierung und einer weitaus besseren Versorgung arbeiten müssen.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Seelische Gesundheit ist für die KPÖ ein unverzichtbarer Bestandteil für ein gesundes Leben und eine gesunde Gesellschaft. Jeder Mensch kann von psychischen Problemen betroffen sein, denn seelische Gesundheit ist wie auch körperliche Gesundheit leider nicht selbstverständlich. Wie allgemein bekannt ist, führen finanzielle Sorgen, enger und teurer Wohnraum oder fehlende soziale Kontakte zu chronischen physischen und psychischen Erkrankungen. Die KPÖ steht für eine aktive Sozialpolitik, denn diese hat unmittelbar und präventiv Wirkung auf die physische und psychische Gesundheit. Die aktuelle Versorgung von Erkrankungen, basierend auf dem solidarischen Prinzip, sollte eine Behandlung unabhängig von der Brieftasche ermöglichen. Wir erleben jedoch gerade wie dieses Gesundheitswesen mehr und mehr durch Profitinteressen privater Konzerne ausgehöhlt wird. Die KPÖ stellt sich als einzige Partei klar und deutlich gegen diesen Kurs und will die öffentliche Versorgung durch massive Investitionen im Gesundheitswesen stärken. Unser Ziel ist ein solidarisches Gesundheitswesen, dass die Versorgung bei jeglicher Erkrankung für alle Menschen in ganz Österreich ohne soziale Hürden gewährleistet.

Konkret sieht man diesen hohen Stellenwert auch in Graz. Hier gibt es seit Jahren auf Initiative von KPÖ Stadtrat Robert Krotzer Sensibilisierungskampagnen, den Tag der seelischen Gesundheit als niederschwelliger Informationstag für die Bevölkerung und einen Ausbau der Angebote im Rahmen der städtischen Kompetenzen und Möglichkeiten.

2. Inwieweit unterstützt Ihre wahlwerbende Partei folgende Hauptanliegen des ÖBVP

a. Gesamtvertrag

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Wir treten für eine flächendeckende, kassenfinanzierte Versorgung mit angemessenen, attraktiven Konditionen ein.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Die SPÖ befürwortet die Erarbeitung eines Gesamtvertrages mit klaren Leistungs- und Abrechnungsregelungen.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Diese Forderung unterstützen wir, um hier Gleichberechtigung und einen hohen Versorgungsgrad in der Psychotherapie zu erreichen.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Ja, gerne, aber optimalerweise im Interesse der Versicherten. Notwendig ist in dieser Frage ein gemeinsamer Gesamtvertrag „Psychische Gesundheit“ abgeschlossen zwischen den beiden zentralen Berufsgruppen auf der einen und den Sozialversicherungen auf der anderen Seite.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Wir unterstützen diese Forderung und unterstützen durch eigene Tätigkeiten im Rahmen von Petitionen und politischer Arbeit.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Ein Gesamtvertrag ist auf jeden Fall ein wichtiger Bestandteil der Versorgung und um die Kontingentierung endlich aufzuheben.

b. Fairer Kassentarif

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Wir streben ein Finanzierungssystem in Analogie zum kassenärztlichen Vertragssystem an, das leistungskonforme Einkommen ermöglichen wird.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Diese Fragen sind in den Verhandlungen über einen Gesamtvertrag zu klären.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Diese Forderung unterstützen wir, um hier Gleichberechtigung und einen hohen Versorgungsgrad in der Psychotherapie zu erreichen.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Wir wollen vor allem einmal ein kassenfinanziertes System haben, und keine neuen Wahl- oder Privattherapeut:innen-Regelungen.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Wir unterstützen diese Forderung und unterstützen durch eigene Tätigkeiten im Rahmen von Petitionen und politischer Arbeit.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Aus Sicht der KPÖ braucht es eine Trendumkehr und massive Investitionen in die solidarische Gesundheitsversorgung. Hierzu zählt auch eine schrittweise Ausweitung der Kassenleistungen. Eine Refundierung ähnlich dem Wahlarztssystem, welches die Versorgungsplanung erschwert, steht die KPÖ kritisch gegenüber. Ziel muss es sein, dass öffentliche System in Qualität und Quantität zu stärken.

c. Etablierung des Berufsverbands als Körperschaft öffentlichen Rechts (KÖR)

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Wir sehen im Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie eine starke und zeitgemäße Interessensvertretung der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und erleben ihn als wirkungsvolles und verlässliches Gegenüber in Gesprächen und Verhandlungen.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Der ÖBVP hat bisher seine Mitglieder immer gut und energisch vertreten. Die Umwandlung in einen KÖR scheint derzeit nicht notwendig.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Eine Gleichberechtigung in der Frage der Berufsgruppenvertretung für den Berufsverband unterstützen wir. Wir wollen aber keine automatische Zwangsmitgliedschaft, sondern die freie Entscheidung für die Berufskolleginnen und Berufskollegen, ob sie beitreten und damit die Dienstleistungen des Berufsverbands in Anspruch nehmen möchten.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Hier sind wir zugegebenermaßen sehr skeptisch. Wir glauben zwar die Sehnsucht nach einer solchen Veränderung mit Blick auf die ÖÄK nachvollziehen zu können. Ob damit dem Gesundheitswesen geholfen ist, ob davon die Versicherten etwas haben, wagen wir durchaus zu bezweifeln. Ebenso stellt sich die Frage, wie dies im Zusammenspiel mit anderen Berufsverbänden – auch innerhalb der Gruppe der Psychotherapeut:innen – aussehen würde.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Die Funktionsweise Österreichs als Kammernstaat sorgt für viele Probleme, gerade auch bei der "Emanzipation" anderer Berufsgruppen, die nicht in Kammern vertreten sind. Als liberale Partei sind wir gegen Zwangsmitgliedschaften, wir sehen aber gerade im Gesundheits- und Sozialbereich, dass viele Berufe viele Hürden beim Aufbau von formalen Organisationen meistern müssen - weshalb es definitiv eine Lösung braucht, wie anerkannte Berufsverbände auch offiziell mit Verhandlungs- und Vertretungsmandaten (beispielsweise im Rahmen der Sozialpartnerschaft) ausgestattet werden sollten.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Nicht beantwortet

d. Festlegung einer Verhältniszahl in PVZ für eine Anzahl Psychotherapeut:innen-Dienststellen zur Anzahl Patient:innen pro Quartal

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Die Anzahl der Dienststellen für Psychotherapie hat sich nach dem jeweiligen Bedarf zu richten – sei es in Primärversorgungszentren oder sei es in Krankenanstalten. Wesentlicher Faktor wird sein, dass die Abdeckung dieses – je nach Patientenkollektiv, sozialem Umfeld, medizinischen Schwerpunkten etc. unterschiedlichen – Bedarfs finanziell gesichert ist.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Die SPÖ unterstützt die Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung. Insofern sollte auch das notwendige Personal eingesetzt werden.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Für uns ist von zentraler Bedeutung, dass vor allem im niedergelassenen Bereich und damit Wohnort nahe psychotherapeutische Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge stattfinden kann. Dafür sollte man alle bisher bereits vorhandenen Organisationsformen nutzen, das heißt auch Primärversorgungszentren und die unterschiedlichen Einrichtungen der stationären Gesundheitsversorgung, etwa im öffentlichen aber auch privaten bzw. gemeinnützigen Krankenanstaltenbereich.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

PVE (Primärversorgungseinrichtungen) sind von mehreren Gesundheitsberufen unter ärztlicher Leitung betriebene Gesundheitseinrichtungen. Dass dort auch Psychotherapie ebenso wie klinische Psychologie angeboten werden können soll, steht für uns außer Debatte. Es braucht dafür aber eine Abbildung in den jeweiligen Betriebskonzepten und muss dementsprechend auch so von den Betreibern konzipiert worden sein. Wir halten es daher für sinnvoller hier Anreize für die Beschäftigung oder die Mitbeteiligung an der Gründungs- und Betriebsgesellschaft durch Angehörige der Psy-Berufe zu setzen.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Der Vorteil an Primärversorgungszentren ist, dass Berufsgruppen zusammenarbeiten und auch flexibel in ihrer Region angepasste Versorgung anbieten können. Es braucht bundesweit eine bessere Planung, wie viele Psychotherapeut:innen (oder auch viele andere Gesundheitsberufe) zur Verfügung stehen. Eine Planung des Angebots und Abstimmung auf die Bevölkerungs-/ Patient:innenzahlen ist jedenfalls wichtig und sollte endlich erfolgen, allerdings sollte eben dabei nicht unbedingt nach Einrichtungsart differenziert werden, sondern regional Flexibilität vorhanden bleiben, wie dieses Angebot zur Verfügung gestellt werden kann.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Die Zusammenarbeit von psychosozialen, medizinischen und pflegerischen Gesundheitsdienstleistungsanbieter:innen im PVZ ist ein zentraler Baustein um die Qualität der Versorgung für die Bevölkerung auf hohem Niveau zu halten. Eine vorgeschriebene Verhältniszahl sehen wir schwierig umzusetzen, da diese pauschale Vorgabe nicht über den Unterschieden an Bedarf stehen kann. PVZ müssen den lokalen Gegebenheiten entsprechend Ressourcen zur Verfügung stellen.

e. Implementierung eines:r Schulpsychotherapeut:in nach dem ÖBVP-Konzept fit4SCHOOL

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Die gesellschaftliche Entwicklung im Schulbereich in den letzten Jahrzehnten unterstreicht den Bedarf nach einer umfassenden psychosozialen Begleitung und Betreuung. Wir halten daher einen schulpsychotherapeutischen Dienst für eine notwendige Maßnahme.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Die SPÖ fordert schon lange multiprofessionelle Teams zur Versorgung unserer Kinder an den Schulen. Ein/e Schulpsychologe/in sollte dabei nicht fehlen.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Die finanzielle, organisatorische und personelle Unterstützung der psychotherapeutischen Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge im schulischen und außerschulischen Bereich für die Jugend ist uns ein zentrales Anliegen. Deshalb erscheint uns diese Implementierung unterstützenswert.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Ja, das macht in jedem Fall Sinn, ebenso wie es mehr Schulpsycholog:innen und mehr Schulsozialarbeiter:innen braucht.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Wir fordern mutlidisziplinäre Teams in Schulen, um die gesundheitliche und soziale Versorgung zu verbessern und Lehrkräften die Möglichkeit zu geben, sich wieder mehr auf ihre Kernaufgaben im Unterricht zu konzentrieren. Wichtig wäre hier endlich eine Lösung der Finanzierungsstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern, um die Personalplanung zu vereinfachen. Im Rahmen der Schulautonomie sollten die einzelnen Standorte aber eine gewisse Auswahlmöglichkeit haben, über welche einzelnen Personen das Angebot sichergestellt wird - je nach Schulgröße wird es hier sicher nicht in jeder Schule eine Person aus jeder Berufsgruppe geben. Wichtiger ist aber das Sicherstellen der Versorgung und die gute Anknüpfung an die reguläre Gesundheitsversorgung und wenn in einer Schule ein:e Gesundheitspsycholog:in und in einer anderen Schule ein:e Psychotherapeut:in tätig ist, ist für Kinder und Jugendliche schon ein wichtiger Schritt gesetzt.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Der Zugang zu Behandlungen darf nicht länger ein Luxus bleiben. Es braucht einen massiven Ausbau der Kassenleistung. Ebenso werden für einzelne Thematiken ein Ausbau von Einrichtungen und Angeboten die auf spezielle Themenstellungen oder Erkrankungen fokussieren benötigt zB.:

- Ausbau der Gewaltambulanzen und Gewaltschutzzentren
- Ausbau der Prävention und Versorgung zum Thema Demenz (z.B.: Demenztageszentren)
- Ausbau der Ressourcen in Schulen

f. Umwandlung des erfolgreichsten Kinder- und Jugendprojekts „Gesund aus der Krise“ in ein permanentes Programm

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

„Gesund aus der Krise“, fokussiert auf Kinder und Jugendliche und ist ein Erfolgsmodell in mehrfacher Hinsicht. Es ermöglicht einen raschen, kostenfreien Zugang zu einer psychotherapeutischen Kurzintervention mit minimalem bürokratischem Aufwand für die Betroffenen, und es erfolgt in historisch beeindruckender Zusammenarbeit der Psychotherapie- und Psychologieverbände im Interesse der Patientinnen und Patienten. Aus unserer Perspektive hat das Projekt Vorbildfunktion. Wir setzen uns für eine dauerhafte Finanzierung ein und sehen außerdem einige Ansätze, die für die künftige Abwicklung einer flächendeckenden psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung generell hilfreich sein können.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Das Programm hat sich bewährt und sollte daher in die Regelfinanzierung übernommen werden.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Die Corona-Pandemie und ihre negativen Auswirkungen auf Gesellschaft und Gesundheit weltweit und vor allem auch in Österreich haben gezeigt, welches hohe Risiko falsch gesetzte staatliche Maßnahmen (Lockdowns, Masken-, Test- und Impfzwang, Schulschließungen und Ausgangssperren usw.) auf die Psyche junger Menschen hat. Aktuell haben neue Krisenszenarien wie Krieg, Inflation, Armutgefährdung, Zukunftsängste etc. negative Auswirkungen bzw. können solche auslösen. Deshalb wäre eine „Permanenz-Verpflichtung“ für das Programm „Gesund aus der Krise“ mit entsprechender finanzieller Dauer-Dotierung sinnvoll und wird unterstützt.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Die Grünen haben sich sehr für das Projekt „Gesund aus der Krise“ eingesetzt, und das mit Erfolg. Deshalb wollen wir die Maßnahmen nicht nur in die Regelfinanzierung übernehmen, sondern als Rolemodel auch für andere Altersgruppen zur Anwendung bringen. Diese niederschwellige Kooperation von Klinischen Psycholog:innen und Psychotherapeut:innen hat das Angebot für Kinder und Jugendliche im Bereich der psychischen Versorgung und Betreuung deutlich verbessert - wenn auch noch nicht im notwendigen Ausmaß, da ein entsprechender notwendiger Ausbau eben leider auch Zeit braucht.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

"Gesund aus der Krise" hat als Paradebeispiel gezeigt, wie wichtig niederschwellige und berufsgruppenübergreifende Versorgung ist und wie schnell damit Erfolge erzielt werden können. Langfristig braucht es aber nicht nur eine Absicherung für eine längerfristige Finanzierung, sondern eben eine Überführung und noch bessere Verknüpfung mit der regulären Versorgung.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Die KPÖ unterstützt die Forderung nach der Übernahme in ein permanentes Programm als wichtigen Schritt zum Ausbau einer flächendeckenden Versorgung.

3. Psychotherapiesgesetz Neu

a. Werden Sie das noch offene Bachelorstudium der Psychotherapie an öffentlichen Unis unterstützen

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Wir sehen die Implementierung des Masterstudium Psychotherapie, wie es derzeit Gegenstand der Leistungsvereinbarungsverhandlungen der österreichischen Universitäten mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist und in der Leistungsvereinbarungsperiode 2025 – 2027 umgesetzt werden wird, als wichtigen und ersten Schritt an. In weiterer Folge setzen wir uns auch für die Einführung eines einschlägigen Bachelor-Studiums ein. Wir halten es aber weiterhin für zweckmäßig, dass auch andere Bachelor-Studiengänge aus verwandten Fächern als Quellbachelor für das Masterstudium akzeptiert werden. Damit besteht die Möglichkeit, an die bisherige Tradition der individuellen Entwicklung der Psychotherapeutinnen und -therapeuten aus verschiedenen Herkunftsberufen anzuschließen.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Ja.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Eine Unterstützung Bachelorstudium der Psychotherapie an öffentlichen Universitäten erscheint uns sinnvoll, um entsprechenden Nachwuchs in der Berufsgruppe mittel- und langfristig zu fördern.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Natürlich. Es ist halt Sache der Unis und FHs ein solches zu implementieren.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

In einem ersten Schritt muss auf die Qualität und Abwicklung bei der Einführung der Studien geachtet werden. Nach wie vor sind einige Inhalte offen, nach wie vor gibt es keine öffentlich bekannten Details, wo welche Plätze wie angeboten werden. In fast allen anderen Ländern gehen Psychologie und Psychotherapie in der Ausbildung miteinander einher, in Österreich muss jetzt erst geschaut werden, wie Institute überhaupt entstehen und kooperieren können. Langfristig braucht es natürlich für die Durchlässigkeit und Rekrutierung von Personal noch mehr Ausbildungsschritte. Da es bisher aber auch eine Altersgrenze für die Ausbildung zur Psychotherapie gab und viele Psychotherapeut:innen ihre Vorerfahrungen in anderen Berufsbildern auch als wichtiges Element ihrer eigenen Tätigkeit verstehen, sollte vor einem Bachelorstudium wohl erst die reibungslose Abwicklung der Masterstudien sichergestellt werden.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Ja.

b. 2026 soll an den öffentlichen Unis mit 500 Masterstudienplätzen gestartet werden. Die demografische Entwicklung in der Berufsgruppe und der Anstieg psychischer Erkrankungen wird spätestens gegen Ende dieses Jahrzehntes zu einer großen psychotherapeutischen Versorgungslücke führen. Es wird daher schon jetzt erforderlich sein, die vorgesehenen Studienplätze mindestens um 50 Prozent aufzustocken. Werden Sie diese Aufstockung unterstützen?

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Nach aktuellen Berechnungen, die die Anzahl der derzeit in die PsychotherapeutInnen-Liste eingetragenen Personen, die geschätzten jährlichen AbsolventInnen-Zahlen und die mutmaßliche Dauer der Berufsausübung berücksichtigt, werden die geplanten 500 Studienplätze bereits zu einer Steigerung der berufsfähigen PsychotherapeutInnen führen können. Ein wesentlicher, schwer abzuschätzender Faktor wird sein, wie sich die Versorgungswirksamkeit der StudienabsolventInnen entwickeln wird – es ist zu hoffen, dass ein höherer Anteil sich vollzeitlich dem Beruf widmen wird. Wir werden aber die Entwicklungen sowohl des Bedarfs einerseits als auch der Ausbildung und der Berufsausübung andererseits intensiv verfolgen und die Ausbildungskapazitäten, wenn notwendig entsprechend anpassen.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Ja, dieser Mangel war unter anderem ein Grund, warum die SPÖ dem Gesetz nicht ihre Zustimmung erteilt hat.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Die organisatorische, personelle und finanzielle Förderung eines entsprechenden Mehrbedarfs an Absolventen erscheint uns sinnvoll. Es müssen in diesem Zusammenhang aber auch begleitende Maßnahmen gesetzt werden, dass Österreich nicht wieder zum „Ersatzausbildungsplatz“ für Studierende aus Deutschland wird, die nach Ausbildungsende unser Land verlassen, und so zur Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge keinen Beitrag leisten.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Die 500 Master-Studienplätze orientieren sich derzeit an den durchschnittlichen Absolvent:innen-Zahlen der bisher privaten Ausbildung der letzten Jahre. Sollte es einen echten Mehrbedarf geben, dann wird es natürlich auch hier Aufstockungen brauchen und geben. Nur: hätten wir die Ausbildung nicht akademisiert und auf neue Beine gestellt, wäre auch weiterhin in circa dieser Größenordnung ausgebildet worden. Hätte es hier seitens der Ausbildungsvereine nicht schon eine Senkung der Zugangshürden um mehr Psychotherapeut:innen auszubilden (wie Senkung der Kosten) geben sollen?

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Die Einführung des Studiums ab 2026 wird nicht das sofortige Ende der bisherigen Ausbildung bedeuten. Sinnvoll wäre es wahrscheinlich mit der Einführung einen Stufenplan zum Ausbau zu starten und während der ersten Studiengänge gleich aus einer Begleitevaluierung Erkenntnisse für diesen Ausbau zu gewinnen.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Die KPÖ sieht eine gute Sozialpolitik als wichtigstes Instrument um psychische Erkrankungen zu verhindern. Gerade die Teuerung der letzten Jahre in zahlreichen Lebensbereichen hat die Menschen in Österreich vor viele Herausforderungen gestellt. Dabei wird die Forderungen nach leistbarem Wohnraum als zentrales Thema der KPÖ natürlich auch unter dem Aspekt der psychischen Gesundheit verfolgt. Gleichzeitig wissen wir, dass aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen im Bereich der psychischen Gesundheit zahlreiche Herausforderungen auf uns als Gesellschaft zukommen und ein hoher Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung notwendig wird. Die Zunahme an alterspsychiatrischen Erkrankungen durch die steigende Lebenserwartung und mit dem demografischen Wandel verbunden wird für die Versorgung ein zentrales Thema sein. Die KPÖ sieht daher das Psychotherapiegesetz und die Ausbildung nur als ersten Schritt von vielen.

c. Der postgraduale Ausbildungsabschnitt in Kliniken und Versorgungseinrichtungen - ähnlich der Fachärzt:innenausbildung - soll künftighin nach dem Gesetz auf bezahlten Planstellen erfolgen. Diese Bezahlung wäre bereits jetzt rechtens, da die Studierenden in dieser Phase bereits unter Supervision therapieren und eine hohe Versorgungsleistung in ihrer Ausbildungseinrichtung erbringen. Werden Sie die Schaffung dieser Planstellen auf Bundesebene und vor allem auch in Ihrem Bundesland sowie bei den Trägern unterstützen?

ÖVP-Gesundheitssprecher Univ.-Prof. Dr. Josef Smolle

Die Schaffung dieser Ausbildungsstellen ist – in Analogie zu den ärztlichen Ausbildungsstellen – eine Materie der jeweiligen Träger der Ausbildungsinstitutionen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Krankenanstaltenbetreiber bereits jetzt zur Vorhaltung entsprechender psychologischer und psychotherapeutischer Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten gesetzlich nach § 11 b KAKuG verpflichtet sind, was die Schaffung entsprechender Ressourcen erfordert. Hinsichtlich Lehrpraxen ist es aber auch denkbar, dass diese speziell aus Mitteln des Bundes und der Sozialversicherung gefördert werden, und für die Ausbildungsplätze in den Spitälern wollen wir Anschubfinanzierungen durch den Bund nicht von vornherein ausschließen.

SPÖ-Gesundheitssprecher Philipp Kucher

Ja.

FPÖ-Gesundheitssprecher Mag. Gerhard Kaniak

Die Schaffung dieser Planstellen mit entsprechender finanzieller Bezahlung erscheint uns dringend notwendig und wird unterstützt.

Die Grünen-Gesundheitssprecher Ralph Schallmeiner

Natürlich ist es uns ein Anliegen, dass Psychotherapeut:innen in Ausbildung schnellstmöglich in den Settings in denen sie tätig werden auch gerecht entlohnt werden. Von daher setzen wir uns natürlich dafür ein, mahnen aber gleichzeitig von den derzeitigen noch tätigen Ausbildungsvereinen und -konstellationen eine Senkung der zum Teil ausgrenzenden und eine Hürde darstellenden Kosten für die Ausbildung ein.

NEOS-Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler

Gerade im Gesundheitsbereich ist sehr viel Planung - auch über Ausbildungsstellen - in der Verantwortung der Bundesländer und es gibt keine gemeinsame Bedarfs- oder Verteilungssteuerung. Die Ergebnisse sieht man nunmehr in einem Mangel an Fachpflegekräfte (OP, Intensiv), in einer nicht nachvollziehbaren Verteilung von Facharztausbildungsstellen und einem resultierendem Mangel in einzelnen Fachrichtungen oder auch in einer mangelnden Ausbildungssteuerung von Sozialarbeiter:innen. Dementsprechend ist relativ eindeutig, dass es auch für nicht-ärztliche Gesundheitsberufe eine Stellenplanung gibt und auch Ausbildungstätigkeiten in diesen abgebildet sind.

KPÖ-Parteivorsitzender Günther Hopfgartner

Siehe vorherige Frage.